

**Lenko**  
die Wäsche ein!  
Weiche mit  
nach- und Bleich-Soda;  
Hilfswort für Wäsche  
und Hausputz.  
Kleinige Hersteller:  
**LENKEL & CIE.,**  
DÜSSELDORF.

Stenhausen.  
Sonntag abend  
meinen roten, lang-  
halsigen  
Hund.  
Kunst über den Ver-  
des Hundes wird gebeten.  
Erich Wich.  
Vierfeld.  
bis drei  
aler-  
Gehilfen  
Sebr. Wittel.  
Conweiler.  
höheres Quantum schön  
hannisbeeren  
Otto Bisher.  
lbständiges  
tenstmädchen  
Pflege für den Haus-  
gegen gute Bezahlung ge-  
fragen in der Engländer-  
straße.  
Dertelalb.  
Frankfurt a. M. ge-  
Mädchen,  
es bürgerl. lochen kann,  
hohen Lohn per 15. Aug.  
1. Sept. Offerten oder  
Vorstellung  
Villa Gerwig,  
Frau Mayer.  
Waldrensch.  
10 Monate alter  
ren,  
Fucht  
net, ist zu verkaufen  
Haus Nr. 48.  
berlengenhardt  
bei Schönbürg.  
Kuh  
mit 2 Kalber  
dem Verkauf aus  
alob Fuchs, Landwirt.  
uche per 15. August für  
aushalt (3 Per.) ehrl. d.  
iges  
Mädchen.  
schriftl. Angebote mit Ge-  
sanpr. an Frau Hofmann,  
ttag, Herweg 46, 11.  
ge, erbeten.  
and-Datumstempel  
Kanzleien und Büros sind  
et lieferbar.  
Neckische Buchdruckerei.

Seit 1872  
Durch die Voll-  
und Oberamt-  
liche im letzten  
Bericht Nr. 66  
mit Fortsetzung.  
Haben von höherer Be-  
hörde kein Widerspruch  
Erteilung der Zeitung  
auf Wiederholung des  
Beschlusses.  
Anzeigen nehmen alle  
Freitag, in Neuenburg  
gegen die Ausgabe  
jedenfalls entgegen.  
Preis Nr. 24 bei der  
Spezial-Neuenburg.

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Zeile ab,  
deren Raum 1 Zeile 2,50 M.  
außerhalb des 2. — M.  
einseitig. Insettensteuer,  
Kollektionsanzeigen 100 Proz.  
Jahres. Chiffre u. Aus-  
kunftserteilung 100 J. Re-  
name-Zeile 1/2 M.  
Bei größeren Aufträgen ent-  
sprechender Rabatt, der im  
Falle des Abnahmevertrages  
hinzu tritt, ebenso wenn  
Zahlung nicht innerhalb  
4 Wochen nach Rechnungs-  
datum erfolgt.  
**Verantwortl. Nr. 4.**  
Für telefonische Aufträge  
wird telefonischer Vermittler über-  
nommen.

Nr. 172.

Neuenburg, Mittwoch, den 26. Juli 1922.

80. Jahrgang.

## Bayern und das Reich.

**Seine offizielle Begründung.**  
München, 25. Juli. Zur Erläuterung und Begründung der Reichsregierung bringt die „Bayerische Staatszeitung“ in einer Sonderausgabe eine hochinteressante, in der nochmals alle bayerischen Einwendungen gegen das Reichsgesetz zum Schutze der Republik und der Verfassung, Tageszusammenfassung werden. Es wird betont, die bayerische Bevölkerung sei durch die gegenwärtigen Maßnahmen außerordentlich erregt und die bayerische Regierung sei nach gewissenhafter Überlegung und Feststellung zu dem Entschlusse gekommen, das Gesetz im Verzuge zu lassen. Zum Schutze der Ausführungen heißt es: „Die Reichsregierung legt bei ihrem Schritte den größten Wert auf das Bewusstsein ihres unerschütterlichen Festhaltens an dem Reich. Sie weist mit allem Ernste auf die Gefahr hin, die durch die Verweigerung der Zustimmung in Verbindung gebracht wird, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform oder auf eine Verletzung der alleinigen Herrschaft irgend einer Bevölkerungsklasse hinzielt. Die bayerische Regierung gab in der bisherigen Föhrung ihrer Geschichte den Beweis für die Aufrichtigkeit ihrer Gesinnung. Sie erwartet, daß bei der Verteilung ihres Schicksals nicht nur die Pflicht Bayerns gegen das Reich, sondern auch die Pflicht des Reiches gegenüber Bayern in Betracht gezogen wird.“

Wie wir hören, wird der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in einer Proklamation an die bayerische Bevölkerung das Borgeben der Regierung gegenüber dem Reich betonen. Heute nachmittags wird Graf Lerchenfeld im Landtag eine Erklärung abgeben. Der Ministerrat tritt am Morgen nochmals zusammen. Die Geschäfte des Handelsministeriums werden interimistisch von Staatsrat Dr. Meier wahrgenommen.

München, 25. Juli. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat heute nachmittags in der um 4 Uhr beginnenden Vollversammlung des bayerischen Landtags zu der gestern abend veröffentlichten Verordnung der bayerischen Regierung eine Erklärung abgegeben. Wie die Telegramm-Union übertrug, besteht die Bitte, das durch den Rücktritt des demokratischen Ministers beim freigeordneten Handelsministerium nicht neu zu besetzen, sondern durch den Ministerpräsidenten mitversetzen zu lassen. Dagegen soll das Justizministerium neu besetzt werden, und zwar durch den Oberregierungsrat im Justizministerium Dr. Lehner, der als Vertreter der deutschnationalen Mittelpartei im Ministerium angehört wird.

**Regierungserklärung und Parteien.**  
München, 25. Juli. Aus Regierungskreisen verlautet, daß die bayerische Staatsregierung zu der Annahme alle Berechtigungen habe, daß die Reichsregierung gegen die bayerische Regierung keinerlei Schritte unternehmen werde. Die Regierungsparteien sind im übrigen entschlossen, auch bei einer geringfügigen Aufhebung der Reichsregierung unter allen Umständen auf ihrem Standpunkte zu verharren. Der bayerische Landtag, der bisher in fast allen wichtigen Fragen mit den Demokraten gemeinsam ging, hat sich gestern nachmittags mit der bayerischen Volkspartei und mit der Regierungsmehrheit erklärt. Auch die bayerische Mittelpartei hat in einer Erklärung beschlossen, daß sie das Borgeben der Regierung billigt und unterstützt. In gleicher Weise hat die Deutsche Volkspartei Erklärung genommen. Parlamentarisch gesehen, stellt sich die Lage nun so dar, daß die Regierung für ihr augenblickliches Borgeben und auch für die eventuellen weiteren Konsequenzen ein parlamentarisches Mehrheitsverhältnis hat, allerdings nur auf Unterstützung der in der Regierung nicht vertretenen bayerischen Mittelpartei. Solange die Haltung des Reiches nach dieser Erklärung ist, bleibt die Aufnahme der bayerischen Mittelpartei in die Regierung offiziell noch unerörtert, wenn auch die Zusammenarbeit zwischen der bayerischen Volkspartei und den Deutsch-Nationalen schon begonnen hat. In dem Augenblicke, wo das Reich den Standpunkt Bayerns nicht anerkennt, so als ein Wiedereintritt der Demokraten nicht mehr in Frage kommt, soll die Regierungsbasis die dann für notwendig erachtete Erweiterung nach Rechts erfahren. Die Mehrheitsverhältnisse und die Unabhängigkeit, die gestern nachmittags eine einstimmige Beratung der beiden Landtagsfraktionen abzielte, sind im Augenblicke eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie haben einen Auftrag an die Bevölkerung ergeben lassen, in den gegen jede Verletzung des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik Stellung nehmen, das Volk zur Bereitschaft aufzurufen, aber vor jeder vorzeitigen Aktion warnten. Der Generalrat ist vorbereitet, doch soll er nur im äußersten Falle in Erscheinung treten. Die gesamte Lage in Bayern ist also durchaus ernst und beim Festhalten der Reichsregierung an den ersten Reichsgesetzen zweifellos als eine höchste Bedrohung der Reichseinheit anzusehen.

**Bayerische Kommentare zur Rotterdamer.**  
München, 25. Juli. In einer Sonderausgabe begleitet die „Bayerische Staatszeitung“ die Rotterdamer Verordnung des bayerischen Handelsministeriums mit einem längeren Kommentar, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß die Weiterführung aller mit dem Reich an Rotterdam zusammenhängenden Strafprozesse, demnach auch die Strafverfahren gegen die sogenannte Organisation C durch Reichsanstalten von der bayerischen Regierung nicht berührt werden. Ebenso bleibt es bei den allgemeinen Grundgedanken über die Rechtskraft. Die offizielle Begründung schließt mit den Worten: „Die bayerische Staatsregierung legt bei ihrem Schritte größten Wert auf ihr Bewusstsein des unerschütterlichen Festhaltens am Reich. Sie weist mit allem Ernste auf die Gefahr hin, die durch die Verweigerung der Zustimmung in Verbindung gebracht wird, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform oder auf Verletzung der alleinigen Herrschaft irgend einer Bevölkerungsklasse abzielt. Die bayerische Regierung vertritt nach ihrer bisherigen Föhrung der Reichsregierung die Aufrichtigkeit ihrer Verfassung.“ Die offizielle

**Partei-Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei** nimmt ebenfalls schon zu der Rotterdamer Stellung. Sie schreibt, daß die bayerische Regierung ihre Sonderregelung auf die Bestimmungen der Reichsverfassung selbst stütze, die einem Rotterdamer Recht der Länder Regierung trage und bei Gefahr in Verzug auch die Landesregierungen zu jeder beliebigen Maßnahme ermächtigt, die ihnen in hart gefährlichen Situationen als dringender erschienen. Das Reich Bayerns, selbst die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, könne nicht beeinträchtigt werden. Zweifellos sei, daß durch die neuen Gesetze in den Eigenbereich der Staaten unredelmäßig eingegriffen werde. Mögen auch die Parteien im Reichstag Beschwernis-Verordnungen gefordert haben, die Gewalt in Bayern stelle sich schärfend vor die Bürger und werde sich in der Ausübung dieser Pflicht weder durch Verdrängung, noch durch die Unentschlossenheit schuldiger Missetäter irremachen lassen.

München, 25. Juli. 21 Bürgermeister aus ganz Nordbayern, die gestern in München versammelt waren, haben an den Großen Landtag und den Landtagspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem sie bitten, heute mittag zur mündlichen Aussprache empfangen zu werden, um Regierung und Landtag die dringende Bitte zu unterbreiten, nichts zu unternehmen, was das Verbleiben Bayerns beim Reich gefährden und über Reich und Volk schwere Erschütterungen bringen könnte. Auch der Stadtrat Nürnberg hat mit allen Stimmen gegen die Deutsche Volkspartei und der Deutschnationalen beschlossen, ein Telegramm an die beiden Herrn zu richten, in dem Regierung und Landtag auf das Dringende vor einem Bruch mit dem Reich gewarnt werden, weil die Verdrängung Bayerns nur ein weiteres furchtbares Uebel für das Reich bedeuten werde. Rockfalls: finge und bedachtame Hand tut not.

**Breschlingen.**  
Berlin, 25. Juli. Die „Germania“ nennt die bayerische Verordnung einen verhängnisvollen Schritt. Es könne nicht der Sinn dieser von Bayern angeordneten Reichsbestimmungen sein, die Befugnisse des Reiches und die Reichsgesetze wieder aufzuheben. Wenn Bayern mit seiner bürgerlichen Mehrheit jetzt das Recht angebilligt werde, solche Reichsbestimmungen wieder aufzuheben, so könne man es auch Staaten mit sozialistischer Mehrheit wie Sachsen und Thüringen, nicht verwehren, bei nächster Gelegenheit unternehmerische Schritte zu tun. Reichspräsident und Reichstag hätten die Aufgabe, auf Grund der Reichsverfassung die bayerische Verordnung wieder aufzuheben. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die bayerische Verordnung den ersten Fall einer Aufhebung eines Landes gegenüber dem Reich, dessen Will es sei. — Das „Berliner Tageblatt“ spricht die Überzeugung aus, daß eine solche Haltung wie die Bayerns zur Untergrabung der Staatshoheit des Reiches und zur Auflösung der Reichseinheit führen müsse. — Die „Voss. Zeitung“ nennt das Unternehmen Bayerns den Anfang der inneren Auflösung des Reiches.

**Zusammentritt des Reichstags.**  
Berlin, 25. Juli. Durch das Borgeben der bayerischen Regierung, das bevorstehende Politische glatt als Rebellion zu bezeichnen, ist eine außerordentliche Situation geschaffen worden, die für die Reichsregierung das Verhängnis ist. Die Reichsregierung steht vor Entscheidungen von größter Tragweite. Man hat es für sehr wahrscheinlich, daß der Reichstag seine Ferien alsbald unterbrechen und zusammentreten wird.

**Deutschland.**  
Berlin, 25. Juli. Der unabhängige Abgeordnete Breitfeld wird sich, wie die „Dena“ berichtet, am 27. Juli nach Paris begeben, um bei der Gedächtnisfeier aus Anlaß der Ermordung Lassalls eine politische Ansprache zu halten.  
Breslau, 24. Juli. Unter Beteiligung von ungefähr 15 000 Menschen fand in Katowitz eine sozialdemokratische Demonstration gegen die reaktionäre Politik des Seim statt. Anführer waren die Sozialistenführer Daczynski. Im Anschluß an diese Demonstration kam es zu Zwischenfällen, da polnische Nationalisten kleinere Truppen der Demonstranten angriffen, ihre Abzeichen und Fahnen zerschnitten. Die Polizei, die Schreckschiffe abgab, blieb machtlos. Schließlich gewannen die Sozialisten die Oberhand.

**Die Vorfälle in Singen.**  
Das Verlangen der Polizeigewalt am 4. Juli (an jenem Demonstrationstag, an dem die Villa Bausler demoliert und der Mayor a. D. Scherer erschossen wurde) wird in den Singener Blättern lebhaft besprochen. Vor allem auf die Ausführung des Abg. Dr. Wodner (Dem.) im Badischen Landtag, der dort mitgeteilt hatte, daß Bürgermeister Dr. Jäger am Tag der Demonstration nicht zu finden gewesen sei. Bürgermeister Dr. Jäger erklärt nun diese Angaben des Abg. Dr. Wodner für unrichtig und behauptet feierlich, am Tage der Demonstration anwesend gewesen zu sein. Die „Oberländer Zeitung“ stellt nun fest, daß der Bürgermeister, als er in seiner Eigenschaft als Inhaber der Polizeigewalt angerufen wurde, in der Tat nicht zu finden war. Das Blatt stellt fest, daß die städtische Schutzmannschaft zusammen mit der Gendarmerie nicht in der Lage gewesen sei, das Unglück in der Villa Scherer oder die sonstigen Ausschreitungen zu verhindern, weil sie viel zu schwach dazu war. Da aber der Bürgermeister am Vormittag der Demonstration mit aller Deutlichkeit auf die Gefahr von Ausschreitungen aufmerksam gemacht worden sei, es aber nicht nur rundweg abgelehnt habe, polizeilichen Schutz zur Verfügung zu stellen, sondern es auf die erteilte Warnung hin auch unterlassen habe, irgend welche Vorkehrungen zu treffen, so müsse dem Bürgermeister der Vorwurf gemacht werden, daß er in jener ersten Stunde völlig verlag habe. Abgeordneter Dr. Wodner nahm gestern nachmittags im Landtag Gelegenheit, diesen von dem Vortrags des Vriees Kenntnis zu geben, stellte eine nicht stimmende Angabe seines Gewährsmannes richtig und wies die ihm vom Singener „Volkswille“ gemachte Unterstellung, die gesamte Einwohnerschaft Singens beleidigt zu haben, entschieden zurück. Dr. Wodner wiederholte, was er am

letzten Dienstag ausgeführt hatte, daß die dortige Einwohnerschaft durch den Terror gewisser Kreise stark bedrückt worden sei.

**Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine.**  
In Würzburg begann am Sonntag unter harter Beteiligung der 15. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine. Verbandsdirektor Schlot, R. d. M., eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten, besonders an die Ehren Gäste: Oberregierungsrat Dausler von der bayerischen Staatsregierung, Geheimrat Bessig vom Reichswirtschaftsministerium, Stadtrat Wirth und der Stadterwaltung Würzburg, Verbandsdirektor Doppelmann vom Verband der Kaufmännischen Genossenschaften u. a. Landtagsabg. Gengler, Stuttgart, sprach für die Christl. Gewerkschaften Württembergs und Döbner, Würzburg, begrüßungsworte. Verbandsgeschäftsführer Franz Müller, Tübingen, berichtete über die Konsumgenossenschaftsbewegung im Jahr 1921 und die Verbandstätigkeit. Danach umfaßt der Verband 453 Genossenschaften mit 265 000 Mitgliedern, die insgesamt 2 1/2 Mill. verorgungsberechtigte Personen repräsentieren. Verbandsdirektor Reichsabg. Schlot hielt einen Vortrag über die Konsumgenossenschaft in Staat und Wirtschaft. Die Konsumgenossenschaftsbewegung müßte, entsprechend ihrer Gemeinnützigkeit, in den Staat eingeordnet werden. Positive Förderung, freiwirtschaftliche Entwicklung, Verbesserung nach ihrer Eigenart sowie Anerkennung als offizielle Vertretung der Verbraucher seien die Wünsche, die erfüllt werden müßten. Die Bewegung sei eine neue profitlose Wirtschaftsform. Die Verbraucher müßten sich ihr resolut anschließen und ihre Kauf- und Sparkraft angeteilt zur Verfügung stellen. Dann würde in der Wirtschaft ein soziales Uebel abbrechen, was auch die sozialistischen Unternehmern durch den Einfluß der Konsumgenossenschaftsbewegung in den Dienst des Allgemeinwohls zwingen würde. Nach einer sachlichen Aussprache wurden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

**Kommunistische Ausschreitungen in Glastal.**  
Berlin, 24. Juli. Aus Glastal trifft die Meldung ein, daß die kommunistische Jugend wieder einmal Ausschreitungen gegen die Studenten der dortigen Bergakademie und deren Anwesenheiten begangen hat. Die Kommunisten plünderten die Häuser und Gehöfte der Studenten und verbrannten ihre Möbel. Es gab einen Toten und mehrere Verletzte. Die Unruhen dauern noch an. Aus allen kleineren und mittleren Universitätsstädten kommen ähnliche Klagen. Es sei nur erinnert an die Vorfälle in Jena, Greifswald und Marburg. Die Kommunisten waren immer die Angreifer und — das ist das Bedauerliche — in fast allen Fällen war es der Polizei unmöglich, die Angegriffenen energisch zu verteidigen. Die Verurteilungen der Landpresse müssen natürlich in den jungen unruhigen Kommunistenkreisen das nicht nur gegen jeden Besonderen, sondern leider auch gegen jeden Geschädigten hervorgerufen. Das dürfte auch die Polizei wissen. Gerade in Glastal haben vor ungefähr 6 Wochen ähnliche Vorfälle stattgefunden, und die gefürchten Vorfälle müßten nach Lage der Dinge von der Polizei vorausgesehen werden. Es handelte sich um eine Demonstration der kommunistischen Jugend des Saargau unter der Führung des akademischen Erziehungs. Das ist dabei auf einem so heißen Platze, wie Glastal es ist, zu Zusammenstößen kommen mußte, was klar. Die Polizei war wieder einmal machtlos. Außer Verletzungen hat es Sachschaden in großer Höhe gegeben. Möbel wurden zertrümmert und verbrannt, Häuser geplündert. Wenn das so weiter geht, werden wir leider bald ähnliche Zustände erleben, wie sie jetzt in Brau bestanden haben, wo jeder, der deutscher Student war, dem schrecklichen Böbel dreisgegeben war und wo die Studenten sich in ihren Häusern oft verbarrikadierten. Bei diesen Zuständen kann es keinen Wundern, wenn leider der Geist des Widerstands in den Akademien wächst, die wenn auch nicht höher, so doch weiter des Volkes werden sollen, und wenn den jungen Leuten, die zur Verallgemeinerung neigen, tiefer Haß und tiefe Verbitterung gegen alles was links ist, eingeschlägt wird. Auch auf der andern Seite werden Fehler begangen. Man denke an den ständischen Vorkall in Karlsruhe nach der Ermordung Rathenaus. D. M.) Bei dem Begräbnis der Rathenau-Wärder sollen Angehörige der Weizsäcker, Dalkener und Jesener Studentenschaft anwesend gewesen sein. Sollte diese solch ungläubige Nachrichten zutreffen, dann ist dies — sehr gelinde gesagt — eine Taktlosigkeit, die auch wiederum nach links aufreißt und den Boden für Ausschreitungen vorbereitet. Deutschland kann nur durch Arbeit aller seiner Volksgenossen gerettet werden. Dazu ist aber unbedingte Einigkeit notwendig und diese läßt sich bei gutem Willen auf beiden Seiten erzielen. Guten Willen auf beiden Seiten, das Bestreben, einander zu verstehen, die Klärung von der Straße auf das geistige Gebiet hinüberzuführen, das ist der nächste Schritt. Hoffen wir, daß er von beiden Seiten bald recht bald getan wird.

**Ausland.**  
**Ein dreimonatiges Moratorium.**  
Rotterdam, 25. Juli. Die „Morgenpost“ meldet aus Paris: Die Reparationskommission wird nunmehr in die eigentliche Beratung des Moratoriums eintreten. Der entsprechende Antrag lautet dahingehend, Deutschland sei ein Moratorium bis zu höchstens drei Monaten zu gewähren, wenn die Einstellung der roten Inflation gewährleistet wird.  
**Französischer Siegeswahn.**  
Nachdem schon vor einiger Zeit der Stadtrat von Compiègne beschlossen hatte, im Walde von Compiègne ein Denkmal an der Stelle zu errichten, an der am 11. November 1918 in Begleitung des Marschalls Foch der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, hat nunmehr die französische Liga der Frontsoldaten, eine der größten Vereinigungen ehemaliger Kriegskämpfer, die Angelegenheit in die Hand genommen und wird für das Denkmal eine Inschrift beschließen, welche diese an und für sich belanglose Denkmalsache wichtig macht. Die Inschrift soll heißen: „Hier brach am 11. November 1918 der ver-



brecherische Döckner des Deutschen Reiches zusammen, bestieg durch die freien Wälder, die es freudig wollte. Die drei Worte dieser raffiniert bössartigen Aufschrift „verbrecherisch“, „Döckner“, „Inedien“ sind ein Beispiel der französischen Verleumdung, die der größte Feind jedes europäischen Wieder- aufbaues und des wirklichen Friedens ist. Sie bedeuten die Lüge der Kriegsführung in konzentrierter Form, sie zeigen die Unbeliebtheit nicht nur der französischen Regierung, sondern der französischen öffentlichen Meinung. Das deutsche Volk ist vornehm gewesen. Die deutschen Siegesdenkmäler von 1870 sprechen die und da mal vom Erbfeind, aber nicht vom Verbrecher.

**Weitere Reparationsanfragen im englischen Unterhaus.**  
London, 24. Juli. Im Unterhaus sagte Sir Robert Dorn in Erwiderung auf eine Anfrage bezüglich der Kosten der Reparationsarmee Englands, daß Großbritannien ungefähr 50 250 000 Pfund Sterling als Reparationszahlung erhalten habe, wozu noch 600 Millionen Papiermark kämen, die im Rheinland eingezogen seien. Die Gesamtkosten der Reparationsarmee betragen bisher ungefähr 54 Millionen Pfund Sterling. Somit entständen die Einnahmen ungefähr den Verhältnissen. — Ferner fragte, ob die britische Regierung der französischen Republik ein Angebot gemacht habe, wonach Frankreich seine Schulden an England erlassen werden sollten unter der Bedingung, daß die Reparationsforderungen herabgesetzt würden. — Dorn verneinte diese Frage. Er könne im Augenblick den früher abgegebenen Erklärungen nichts hinzufügen. — Ferner fragte: Sind somit die in der Presse, besonders in der amerikanischen, erschienenen Berichte ungegründet? — Dorn erwiderte, es würde besser sein, sich in dieser Frage nicht auf Presseberichte zu verlassen.

**„Abklärung“ in Amerika.**  
Das amerikanische Kriegsministerium hat nach längerer Beratungen den Plan des Generals Pershing über die Bildung einer nationalen Miliz als Ergänzung des kleinen stehenden Heeres gebilligt und bereitet die entsprechenden Gesetze für den Kongress vor. Die National-Miliz soll in regelmäßigen Zwischenräumen zu kurzen, aber intensiven militärischen Übungen einberufen werden. In der Begründung zu seinem Plan führte General Pershing aus, daß die neue Organisation Amerika mit einem Heere versehen soll, das stark genug ist, alle Verleumdungen mit noch so starken Mitteln unternehmen werden, erfolgreich abzuwehren. Nur wenn diese Sicherheit gewährleistet sei, bleibe auch die durch die Washingtoner Beschlüsse verkleinerte Flotte jederzeit in der Lage, mit ihren gesamten Kräften eine feindliche Flotte außerhalb der amerikanischen Küstengewässer aufzulassen und offen zu niederkämpfen.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Kreuzburg, 24. Juli.** Die regnerische und kühle Witterung der letzten Wochen hat besonders den Bienenböckern geschadet. Wohl blühten die Lindenbäume prächtig, aber es gab keinen Honig. Auch heuer erfüllt sich der alte Erfahrungssatz: Schlechte Tracht, viele Schwärme. Ueber den Schwärmen sind die Imker wenig erfreut, weil der Zucker fehlt, um die Schwärme durchzuhalten. Schon hört man da und dort von verhungerten Bienenböckern.

**Calmbach, 25. Juli.** Gestern Abend hielt der Konsumverein Calmbach eine außerordentliche Generalversammlung ab, um über die schon längere Zeit schwebende Frage des Zusammenschlusses der beiden Konsumvereine Calmbach und Kreuzburg zu einem Bezirkskonsumverein endgültig zu beraten. Nach eingehender Aussprache wurde mit großer Mehrheit der Anschluß beschlossen und ist damit eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die auf den Zusammenschluß des Kleinen zu einem lebensfähigen Großen drängt, vollzogen und Tatsache geworden.

### Wittmannsburg.

**Tübingen, 25. Juli.** (Das beschlagene Vermächtnis.) Die Witwe Wilhelmine Philippi, geb. Burkhardt, in Rastatt, hat in ihrem Testament vom 7. 1. 1916 der Stadtgemeinde Tübingen 1000 Dollar für Armenzwecke und 200 Dollar für die Friedhofverwaltung vermacht. Das Vermächtnis wurde aber von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt. Die Stadtgemeinde verurteilt nun durch ein Schreiben an den Präsidenten Harding die Herausgabe des Betrags zu erwirken. Wie nun das auswärtige Amt in Berlin mitteilt, kann das Gesuch nicht weitergeleitet werden, weil der Friedensvertrag mit Amerika bestimmt, daß das deutsche Eigentum in Amerika zurückgehalten wird, bis Deutschland anliegende Sicherheit für die Erfüllung seiner Kriegsverpflichtungen gegenüber Amerika gegeben hat.

**Tübingen, 25. Juli.** (Händender Blick.) Am Samstag nachts schlug der Blitz in die Scheer des bei Weilheim gelegenen Bahnwärterhäusles, die in kürzester Zeit niederbrannte. Die Dampfbremse Feuerwehre konnte sie nicht mehr retten.

### Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

28. (Nachdruck verboten.)  
In der Hand des Toten lag ein abgerissener Hosenknopf auf welchem ein Hirschkopf abgebildet war. Ein Schauer überlief die Berührung, und der Pfarrer faltete die Hände.  
Auch Wibel hatte sich erhoben und genähert. Ueber die Totenhand hinweg fiel der Blick Judika's auf ihn: unwillkürlich und fast unwissend stieß sie einen grellen Schrei aus, daß alle erschrocken aufstehen und ihre Augen, die gleiche Richtung verfolgend, ebenfalls sich auf Wibel hesteten.  
Alle fanden eines Atems Dauer starr und stumm, der Pfarrer aber hob die Hand gegen den Himmel und rief mit erschütterter Stimme:  
„Gott der Gerechtigkeit! Deine Wege sind wahrhaftig wunderbar.“ Dann streckte er gebieterisch die Hand gegen Wibel aus, der sich wieder der Leiche zuwenden wollte. „Jurid! von diesem Toten!“ rief er feierlich. „Du hast keinen Teil mehr an ihm. Ist es denn wirklich möglich? Soweit hat dich die Dabluht und die sinnliche Begierde verführt? So entseztlich hat dich Gott verlassen, daß Du es nicht erwarten konntest, bis er den alten Mann in die Engeleit abgerufen nach den Gesetzen der Natur? Jurid! von diesem Toten, Du — ärger als Rein! Jurid! Vatermörder!“  
Wibel stand ihm gegenüber wie versteinert und sah ihn mit weit aufgerissenen Augen an. Ein glühendes Rot überzog Stien und Gesicht, um mit dem nächsten Atemzuge totenhafter Blässe zu weichen. Er bebte und tastete um sich, als suche er etwas woran er sich halten konnte, um nicht zusammenzufallen.  
„Wer um Gottes Willen, hochwürden, was denken Sie denn?“ Rief er mit zuckenden Lippen hervor.  
„Frage! Du noch?“ rief der Geistliche wieder, indem er den Knopf in die Höhe hielt. „Wilde Kerle! Dieser

**Laubheim, 25. Juli.** (Weidmannsbeil.) Am Samstag nachmittag wurde im Revier Ruhmannsdorfen von einem Jäger ein Dirsch erlegt. Vielleicht ist es ein Durchbrenner aus einem Tiergarten, etwa aus Mülendorf.

**Rodensburg, 25. Juli.** (Schlägerei.) Im Wärensarten kam es zu einer schweren Streiterei, in deren Verlauf der Händler August Wabler von vier 4-5 Reserfliche in Kopf und Hals erhielt. Die Verletzten sind schwer. Der Verletzte mußte ins Elisabethenkrankenhaus verbracht werden. Als Täter kommt der Gipsler Heinrich Weimann von Weingarten in Frage. Auch in andern Wirtshäusern kam es zu teilweise schweren Schlägereien.

**Dohebach, 25. Juli.** (Schwerer Sturz.) Dampfheizer Derrle von hier, der letzten Samstag Besuch nach Niederstetten begleitete, stürzte auf dem Rückweg vom Bahnhof zur Stadt vom Hof und stieß gegen eine feinerne Treppe auf. Mit schwerem Schädelbruch und verletztem Unterkiefer blieb er liegen. Bedauerlich ist es, daß er nicht gleich beachtet wurde.

**Hombach, 25. Juli.** (Händender Blick.) Rechts ist das Anwesen des Landwirts Michael Schenk in Neuhaus durch Blitzschlag entzündet worden und ganz abgebrannt. Die Feuerwehre Hombach mußte sich auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken.

### Baden.

**Rastatt, 24. Juli.** In der Nacht zum 23. ds. Mts., gegen 11 Uhr, wurde auf der Landstraße zwischen Oetigen und Rastatt, in der Nähe der Eisenbahnunterführung, ein in Rastatt wohnender, von Oetigen zurückkehrender, verheirateter Zimmermann von zwei unbekanntem Männern überfallen. Der Überfallene setzte sich so kräftig zur Wehr, daß die Straßenschnitter alsbald herbeigekommen. Sie blieben leider unerkannt.

**Karlsruhe, 24. Juli.** Vom Mittwoch, 26. Juli, tritt im Bereiche des Mittelbadischen Brauereiverbandes eine neue Preisveränderung ein (für Oberbaden schon vom 24. Juli ab), und zwar auf Beschluß des Deutschen Brauereiverbandes, dem auch die Brauereien von Baden und Württemberg angehören. In Norddeutschland ist die Erhöhung schon am 17. d. Mts. erfolgt. Die neuen Bierpreise betragen für Baden pro Hektoliter Lagerbier 1200 Mark für Exportbier 1400 Mark. Interessant ist, daß nach einem Beschluß des Deutschen Brauereiverbandes die Preisveränderung erst einen Tag vor dem Inkrafttreten bekannt gemacht werden sollte, damit keine „Herbststerei“ möglich sei! Die Brauereien begründen ihr neuerliches Vorgehen mit Preissteigerungen des Materials, der Gehälter und Löhne. Am Samstag fand beim Verbandspräsidenten Knopf („Dodenollern“) eine Kreisvertreter- und Preisvereinsvorstandssitzung statt, und zwar von 10 bis 2 Uhr. Die durch die neuen Forderungen geschaffene Lage wurde eingehend besprochen und die vorläufigen Ausnahmemaße festgesetzt. Die definitive Regelung des Ausnahmepreises für Karlsruhe erfolgte in einer außerordentlichen Versammlung des Karlsruher Kreisvereins und Umgebung Sonntag 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, im „Lohrweiden“. Zweck derselben war die neuen Forderungen der Angehörigen zur Behandlung. Erwähnt sei hier ausdrücklich, daß die Kulturvereine, die auch mit den berufenen Vertretern der Brauerei-Interven (Gewerkschaftsvertreter) Rücksprache genommen hat.

**Konstanz, 24. Juli.** Die große Lebensmittelteuerung veranlaßte die Versammlung der Vertreter der Verbrauchsvereine und des Gewerkschaftsvereins, an der auch die Amtsvorstände aus dem ganzen Bezirk, ferner die Erzeuger, Verbraucher, die Vertreter des Groß- und Kleinhandels, der Landwirtschaft, der Handels- und Handwerkskammern und mehrere Bürgermeister und Sachverständige teilnahmen. In der vierstündigen Beratung kam die große Erbitterung der Bevölkerung gegen die ungeheure Teuerung der Lebensmittel zum Ausdruck. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck kommt, daß, um neuerliche Unruhen und Gewaltthaten zu verhüten, eine allseitige Preisermäßigung auf allen Gebieten eintreten und diese zunächst bei der Landwirtschaft einsetzen muß. Später sollten die Preise für Getreide nicht mehr als 200 Mark der Zentner, Tafelobst 250 bis 300 Mark, Obst 150 bis 200 Mark der Zentner kosten und ein Ei nicht mehr als 3 Mark. Sämtliche Erschienenen verpflichteten sich, in ihren Kreisen mit allen Mitteln auf eine unersahlliche Preisermäßigung hinzuwirken.

**Wannheim, 24. Juli.** Die dänischen Abenteurer haben den Streik für alle Abenteurer, sowie Schleppdampfer proklamiert. Die deutschen Flussdampfer, die in den Niederlanden beladen wurden, dürfen mit deutschen Schleppdampfern rheinabwärts geschleppt werden. Die deutschen Organisationen wurden verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß während der Dauer des Streiks kein Schiff nach Holland gelangt, niederländische Flussdampfer in Deutschland weder beladen, noch gelöscht werden, noch Kohlen erhalten und kein anderes Schiff durch deutsche Schleppdampfer stromaufwärts geschleppt wird.

Knopf ist der summe Zeuge Deines Verbrechens. Im Ringen mit seinem Mörder hat Dein armer Vater denselben daran gefaßt und ihn losgerissen, daß er in seiner Hand geblieben. Wäre dann auf Deine Brust und sich, daß dort ein Knopf fehlt, daß er gerade zu den anderen paßt und daß die Spur des gewalttätigen Abtreibens an Deinem Gewande unkenntlich ist.“  
Zufammengedrückt griff Wibel nach der Foppe — es war richtig. An derselben war wirklich ein Knopf losgerissen; der in der Totenhand wachte dahin und gleich den übrigen. — Wie jemand, der an seinen Sinnen irre zu werden beginnt, faßte er sich mit beiden Händen nach dem Kopfe, der ihm zu verspringen drohte.  
„Jesus, Maria und Joseph!“ stotterte er. „Was wollen Sie von mir, Herr Pfarrer? Der Knopf ist nicht von mir — der an meiner Foppe ist abgerissen, wie ich gestern Nacht auf die Brunn-Alm hinaufbin; da bin ich am Gewand in den Abgrund hinuntergerutscht.“  
„Schlechte Aderbe!“ erwiderte streng der Pfarrer. „Ich wollte, ich könnte Dir jetzt einen Spiegel vorhalten, damit Du siehst, wie auf Deinem Angesichte das Bekenntnis Deiner furchtbaren Schuld geschrieben steht. Und Du wagst es, zu dieser entsetzlichen Tat noch die Lüge und die Verstellung zu fügen, starr in Neue zu verharren? Rede, bekenne, wie kommt Du gerade hierher? Wohl um Dir den Schein der Unbelangtheit zu geben? Rede: Wo warst Du diese Nacht? Wo in der Stunde des Verbrechens?“  
„Ich bin im Walde gewesen.“ sammelte Wibel, „und habe in der Hölle übernachtet.“  
„Und der Beweis? Hast Du einen Zeugen dafür?“  
„Keinen andern als unsern Herrgott.“ war Wibel's schwache Erwiderung.  
„Freier!“ rief der Pfarrer wieder. „Mißtraue und entweihe nicht den Namen des Volkes, der so sichtbar steht als Jense groß Dir austritt! Alle Auszeichen werden gegen Dich. Die Ungläubige Hand Dir im Wege, Deine Hand zu weichen. Du bist in einem Ver-

Die Ursache des Streiks liegt in einer Lohnabänderung von 10 Prozent.

**Wannheim, 24. Juli.** Der Bürgerausschuß wird am d. Mts. über die Aufnahme einer neuen städtischen Kaserne Höhe von 150 Millionen Mark Beschluß fassen.

### Vermischtes.

**Kempten, 25. Juli.** In Spöck bei Kempten haben im Wald bei dem Anwesen des Landwirts Robert Wehr Feuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Das Wohnhaus, der Stadel, Stall und Schuppen wurden in Trümmer zertrümmert. Zwei Pferde, drei Stück Vieh, drei Schweine, die gesamten landwirtschaftlichen Habe und Maschinen wurden ein Raub der Flammen.

**Schutz gegen die Hitze.** Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Dampfräume bei der „Pflanzung“ der Zimmer heißen Sommern nur wenig zweckmäßig verfahren. In den heißen Hallen zieht sie alle Vorhänge zurück und öffnet die Fenster weit von früh bis abends, damit die „gute Luft“ herein komme. Ein solches Verfahren an den heißen Tagen kann dazu, die überhörschte Luft hereinzulassen. Der einzige Schutz die Wohnung zu ventilieren und so gut wie möglich anzukühlen, ist das Herinlassen der kühlen Nachtluft, wobei alle Fenster und Jalousien weit geöffnet werden sollten. Wenn Familie aussieht, werden die Fenster auf der Sommerseite des Hauses geschlossen, und die Vorhänge vorgezogen. Auf die Weise kann die Temperatur innerhalb der städtischen Räume weit unter der Temperatur der Außenluft gehalten werden. Gleichzeitig sind die Zimmer mit der kühlen Luft der Nacht angefüllt, die von besonders guter Wirkung auf den Organismus ist. Wichtig ist im Sommer auch, daß jedermann möglichst regelmäßig und sich gleichmäßig betätigt. Alle Vorkommnisse man möglichst ruhig unterlasse, wo es irgend möglich überanstrengende Leistungen, und vor allem Sorge man, daß die Kinder sich im Sommer nicht so wild tummeln, wie bei kühlerem Wetter. Die Hitze der Kinder, der sehr empfindlichen betruenen kann, wird fast stets dort vermieden, wo sich an städtischen Plätzen aufhalten und zu ruhigen Spielen geübt werden. Die Kleidung der Kleinen wird am besten auf ein Mindestmaß beschränkt und ihr Aufenthalt während des Sommers während der heißen Stunden möglichst vermieden. Während der heißen Nachmittage schließen die Kinder, wenn sie im Garten sind, am besten in einem verdunkelten Raum viel Wasser oder sehr schwacher Tee sind ein gutes Mittel, die Hitze zu bekämpfen; dagegen sollte man, wenn nur die geringste Abneigung gegen Milch besteht, keinerlei Zusätze dieser Richtung vermeiden.

**Wieder über 3 Milliarden neues Papiergeld.** Der Reichsbankrat vom 15. Juli zeigt eine neue sehr beträchtliche Anbahnung der Bank. Die gesamte Banknoteanleihe ist um 11 502 Mill. Mark auf 201 513,9 Mill. Mark die bankmäßige Deckung allein um 11 177,1 Mill. Mark auf 201 126,7 Mill. Mark angewachsen. Die Zunahme der Banknoten ist ganz überwiegend auf Kreditbrüche von etwa 2000 Millionen während der letzten Monate zurückzuführen, die nicht nur gewaltige Summen an Schatzkassenscheinen aus dem Verkehr zurückgenommen werden, sondern es wurden bei auch steigende Beträge an Handelswechseln zum Diskont genommen. Die banknotierten Kreditbrüche blieben der Banknoteanleihe mit neuen Zahlungsmittelabflüssen sowie mit den Abzahlungen bei den Darlehensstellen nur zum Teil auf Kosten der fremden Gelder befallen, die eine Vermehrung von 474,7 Mill. Mark auf 36 275,7 Mill. Mark aufwies. Der Bestand in der 2. Juliwoche des Vorjahres stieg infolge an Banknoten und Darlehensstellen in den Kassen der Reichsbank von 632 Mill. Mark zu beachten waren, sind der in der Berichtswache an beiden Geldseiten zusammen 11 177,1 Mill. Mark neu emittiert worden. Der Banknotenbestand ist weiter um 2700,7 Mill. Mark auf 175 437 Mill. Mark, der Banklauf an Darlehensstellen um 570,3 Mill.

Nach dem Vorbilde von London und New York hat auch die Berliner Kriminalpolizei sogenannte „Kleingeld“ eingeführt. Der Banker besteht aus kleinen, aneinandergereihten, besonders gehärteten kleinen Stahlscheiben, die dem Träger größte Beweglichkeit lassen. Bis hierher vorgenommenen Schießproben auch mit dem kleinsten Kaliber der Revolverpistole haben die Kleingeldscheiben die Banker's bewiesen.

**Sprunghaftes Fortschreiten der Teuerung in Oesterreich.** Für diese Woche droht eine weitere gewaltige Teuerung. Protes in Wien. Schweinefleisch und Fett sind bereits um mehr als 10 Prozent im Preis in die Höhe gegangen. Ein Schweinefleisch kostet bereits 15 000 Kronen, ein Liter 14 000 Kronen. Ein gelegentlicher Mitarbeiter, der dieser Woche von Wien zurückgekehrt ist, schildert die katastrophale Lage Mittelhandes, der Preissteigerungen und besonders der geistigen Arbeiter in Wien. Ein Beispiel für die Preissteigerung mit ihm gestanden. Gestern noch warst Du im Begriffe, täglich Hand an ihn zu legen. Du bist an der Gefahr, in den man dich zur Vorsicht gebracht, zu werden, und Du hast noch die Stien, zu leugnen?“

„O, wie haben schon Mittel, ihn zum reden zu bringen, sagte der Berichtsdienner, indem er näher trat und einen Strich aus der Tasche zog. „Jetzt hängt mein Gesicht an. Her mit den Händen! Wibel, laß dich hinter mich dich gutwillig, wenn ich Dir gut zum Rate bin. Du bist mein Arrestant.“

Wibel schrie auf, als der Scherze sich ihm näherte und er den entsetzenden Strich gewahrte. Er schien sich zur Wehr setzen zu wollen, aber die Anspannung der Muskeln und die Erregung des Blutes war zu groß — er fiel wie vor die Brust getroffen, stürzte er bewusstlos zu Boden. Der Berichtsdienner machte sich daran, den Bewußtlosen zu binden. Er kam aber nicht dazu. Judika, welcher bisher gleich einer Wilsäule dagestanden, schrie auf einmal zum Leben wieder und rief ihn zurück.  
„Wag da!“ sagte er. „das brauchst nicht sein. Einem, der sich nicht rühren kann, bindet man nicht, wenn der Wibel wieder bei ihm selber ist, tut er keinen Widerstand: das weiß ich.“

Es war etwas in Judika's Wesen, was dem Berichtsdienner nicht rätlich erscheinen ließ, sein Vorhaben auszuführen. Er trat bei Seite, indes die Leuchte den Weg bestimmt zurückkehrenden Barichen mit Wasser bespritzten und aufrichteten. Es kam so wie Judika voraus, Wibel war wie betäubt, aber er schickte sich an, dem Berichtsdienner zu folgen, welcher anordnete, daß jemand dem Toten machen und daß man alles so lassen sollte wie es sei. Als die Berichtskommission eintreffe.

„Das braucht Ihr mir nicht zu sagen.“ rief Judika unwillig. „Das sagt mir schon mein gefunderer Scherzhand. Der Bauer ist tot; der Sohn ist so gut wie tot; ich habe so lange auf dem Himmelmoos gehaust und die Leiche gehalten — ich werde es jetzt auch zu Wege bringen.“ (Schluß folgt.)

Vertrag des Österreichischen Reiches in Oesterreich im Monat 1. in Deutschland wie gegen den Weg, Oesterreich die größte Brant...

**Projekt gegen eine...** Ein Projekt gegen eine...

**Hand...** Stuttgart, 25. Juli...

**Das Infanterie-Regiment...** Das Infanterie-Regiment...

**Neu...** Stuttgart, 25. Juli...

**Stuttgart, 25. Juli.** Stuttgart, 25. Juli...

**Stuttgart, 25. Juli.** Stuttgart, 25. Juli...

**Laubheim, 25. Juli.** Laubheim, 25. Juli...

**München, 25. Juli.** München, 25. Juli...







könne, wenn sie die Mehrheit der bayerischen Volksvertreter hinter sich habe. In der Debatte billigten die Vertreter der bayerischen Volkspartei, der bayerischen Mittelpartei und des bayerischen Bauernbundes das Vorgehen der Regierung, während die Vertreter der zwei sozialistischen Parteien, der Demokraten und der Kommunisten dieses verurteilten. Auch die föderalistischen Abgeordneten innerhalb der bayerischen Mittelpartei sind mit dem Schritt der Regierung nicht einverstanden. Schließlich wurde ein von der bayerischen Volkspartei eingebrachtes Vertrauensvotum mit den Stimmen dieser Partei, des bayerischen Bauernbundes und der bayerischen Mittelpartei angenommen.

**Die Berliner Presse zur bayerischen Krise.**

Berlin, 26. Juli. Die „Vossische Zeitung“ schreibt zu der gestrigen Rede Verdenfelds im bayerischen Landtag, der bayerische Ministerpräsident habe das nicht geringe persönliche Vertrauen, das ihm außerhalb Bayerns in weitesten Kreisen entgegengebracht werde, für eine Sache eingesetzt, deren staatsrechtliche und politische Unhaltbarkeit ein Staatsmann von seiner Schamhaftigkeit aufgeben, und innenpolitisch ein Gebiet unmöglich überleben könne. Der gestrige Tag bedeute den Anfang vom Ende auch für den Grafen Verdenfeld. Das Vertrauensvotum belaste ihn mit der Verpflichtung, eine Sache durchzuführen, in der Sieg und Niederlage gleich verhängnisvoll für ihn werden müsse. Er habe sich in eine Lage bringen lassen, in der er nicht mehr könne, wie er wolle. — Das „Berliner Tageblatt“ betont, alle Ausführungen Verdenfelds könnten den engländer, partikularistischen Standpunkt, von dem der Kampf Bayerns seit Jahr und Tag gegen das Reich ausgehe, nicht verdrängen. Das beste Bayern, konnte morgen Lippe oder Anhalt für sich beanspruchen. Das müsse letzten Endes die Einheit des Reiches praktisch negieren. Das Reich habe also die Verpflichtung, derartigen gefährlichen Extratouren der Einzelkämpfer mit allen der Reichsverfassung entsprechenden Mitteln entgegenzutreten. — Der „Vorwärts“ sagt, daß der gestrige Abstimmungsbescheid Verdenfelds nichts anderes bedeute, als die Wiedereröffnung des Ruhr-Krieges in Verdenfeldscher Auffassung. Das Blatt glaubt über die Auffassung, die in der gestrigen Beratung des Reichskabinetts zum Aus-

druck kam, mitteilen zu können, daß an überstürzte Maßnahmen, wie eine Inanspruchnahme der Reichsregierung, nicht gedacht werde. Der verfassungswidrige Schritt Bayerns soll zunächst mit verfassungsmäßigen Maßnahmen beantwortet werden und zwar werde sich das Kabinett wahrscheinlich zunächst für die Anrufung des Reichsgerichts laut Artikel 13 der Reichsverfassung entscheiden.

**Die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter.**

Berlin, 26. Juli. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben in den heute vormittag begonnenen Lohnverhandlungen mit der Arbeiterschaft für den Ruhrbergbau eine weitere Steigerung der Bergarbeiterlöhne auf durchschnittlich 80 M. je Schicht beantragt, sowie auch eine Erhöhung der bei den letzten Lohnsteigerungen unverändert gebliebenen Sätze, der sogenannten Soziallöhne. Werden die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände in vollem Umfang bewilligt, so würde das eine Erhöhung der Kohlenpreise um etwa 400 M. zur Folge haben.

**Eine nationalsozialistische Geheimorganisation in Altona.**

Wie der Polizeipräsident von Altona mitteilt, gelang der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer nationalsozialistischen Geheimorganisation. Bis jetzt sind mehrere Personen verhaftet worden. Die Akten sind durch den Oberstaatsanwalt in Altona bereits dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik übergeben worden. Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung eines Rittmeisters haben nach Altona gekommen zu sein. Die Akten sind inzwischen ausgewiesen worden. Rittmeister haben war im Baltikum Adjutant des Fürsten Kwaloff-Verward, mit dem er freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Er entpuppte sich als Unterbringung der Russen in biesigen Arbeitstestellen einem Zwecke des Fürsten. haben unterhielt und leitete eine Geheimorganisation mit dem Namen „Räuberband“, die aus früheren Angehörigen seines Kreisbundes bestand. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten dieses Vereins, in denen u. a. gesagt ist, es sei die Hauptaufgabe des Vereins, die deutsche Republik zu stürzen und eine Monarchie zu er-

richten. haben war am Kap-Busch aktiv beteiligt und gehörte der Brigade Erhardt an. Er entfloh nach Ungarn, lehrte nach der Rückkehr zurück, und war dann zunächst in der Dräsech und hierauf im oberösterreichischen Grenzschutz tätig.

**Verchiebung der Londoner Zusammenkunft.**

Einige Pariser Morgenblätter veröffentlichten ein Telegramm aus London, wonach Lord George im gestrigen Kabinettsrat bei einer Besprechung der bevorstehenden Beratung mit Poincaré erklärt habe, daß der bisherige italienische Außenminister Schanzer ihn darum ersucht habe, die Zusammenkunft zu verschieben, bis das italienische Ministerium gebildet sei und sein Nachfolger ihr beizutreten könne. Der englische Ministerpräsident habe die Verchiebung der italienischen Forderung anerkannt und das Kabinett habe beschlossen, Poincaré erst nach der Bildung des italienischen Ministeriums eine Antwort zuzulassen.

**Der englische Schuldennachlaß eine französische Finte.**

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, es sei jetzt festgestellt worden, daß die in der amerikanischen Presse veröffentlichte Nachricht, wonach Großbritannien beschließen habe, Frankreichs Schuld an England zu annullieren und auf den britischen Anteil an den Reparationszahlungen zu verzichten, nicht von London, sondern von Paris ausgegangen sei. Die französischen Anhänger dieses Plans hätten es so eingerichtet, daß diese Nachricht mit dem Vizepräsidenten in den Vereinigten Staaten, der über die französische Schuld an Amerika verhandelt, zusammenfiel.



Die größte Auswahl in Kinderwagen, Klapp-Sportwagen in einfach bis hochfein. Kindermöbel, Anheftkühle, Koffer und Lederwaren in gediegener Ausführung laufen Sie billig bei **Wilh. Bross, Pforzheim**, Ecke Zerrenerstrasse und Baumstrasse.

**Farren-Verkauf.**  
Die Gemeinde **Loffenan** verkauft einen zum Sprung nicht mehr tauglichen fetten **Farren** im Submissionsweg an den Meistbietenden. Angebote auf Lebendgewicht sind bis spätestens **2. August 1922**, 10. Uhr, beim Schultheißenamt schriftlich einzureichen.  
**Loffenan**, den 25. Juli 1922. **Gemeinderat.**

**Fuhrunternehmer-Vereinigung des Bezirks Neuenbürg u. Umgebung.**  
Die Vereinigung gibt bekannt, daß sie sich infolge der weiter fortschreitenden Teuerung in die Notwendigkeit versetzt sieht, mit sofortiger Wirkung eine weitere Erhöhung der Fuhrlöhne einzutreten zu lassen. Es kommen bei 8stündiger Arbeitszeit folgende Sätze in Anrechnung:  
**bei schweren Pferden bei leichteren Pferden**  
Für 1 Tag M. 1640.— M. 1500.—  
1/2 „ „ M. 910.— M. 780.—  
**Zweispänner 1 Stunde M. 280.— M. 200.—**  
Für einen Einspanner werden 60% der obigen Sätze berechnet. Auf die im Monat Juni abgeschlossenen Akkorde kommt ein Zuschlag von 70%, auf die im Juli abgeschlossenen ein solcher von 30%.  
Müssen bei Taglohnfuhrwerk mehrere Wagen gestellt werden, so wird für jeden zu stellenden weiteren Wagen pro Tag M. 100.— extra berechnet.  
**Wildbad**, den 23. Juli 1922.  
**Der Geschäftsführer:**  
Wilhelm Hammer.

**Ankauf von Geflügel!**  
Kaufe jedes Quantum junge Hühner, alte Hühner, junge Tauben, ebenso junge Gänse und junge Enten zum Schlachten.  
**Adolf Blumental, Wildbad**, Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.

**Schwarzwaldbezirksverein Schömberg.**  
Sonntag, den 30. Juli  
**Ausflug nach Teinach**  
(Jakobifest)  
Sammlung bei der „Linde.“  
2-3 Kilometer schönes  
**Buchenholz**  
gegen sofortige Kasse frei Haus Neuenbürg gesucht.  
Angebote an **E. Meeh'sche Buchdruckerei.**

**Antliche Kurse**  
mitgeteilt von der Bankfirma **Haer & Oend**, Karlsruhe i. B.

5 Proz. Kriegsanleihe	77 1/2	Allgem. Gl. Alt.	150
4 „ „	71 1/2	Baifabrikt	442 1/2
3 1/2 „ „	89 1/2	Rothb. Klond. Alt.	327
4 „ „	85	Phänix Alt.	1480
4 „ „	82 1/2	Bod. Antilin u. Soda Alt.	815
		Deutsche Kali-W.	1945

Deutsche Schweiz 1 Franc = M. 95.40  
Holländ. 1 Gulden = M. 195.50

**Forstamt Neuenbürg. Nadelstammholz-Verkauf.**  
Am **Donnerstag**, den 27. Juli 1922, vorm. 10 Uhr werden auf der Forstamtskanzlei dahier aus Staatswald Dub in 5 Losen im Aufstreich verkauft:  
70 St. Langholz mit Fm.: 33 I., 61 II., 19 III. Kl.  
9 St. Sägholz mit Fm.: 3 I., 4 II. Kl.  
Zum Verkauf sind nur Kleingewerbetreibende zugelassen.

**Forstamt Calmbach. Nadel-Stammholz-Verkauf**  
im mündlichen Aufstreich am **Mittwoch**, den 2. August 1922, vormittags 10 Uhr in Calmbach, „Sonne“, aus den Staatswaldbezirken Eiberg, Neistern, Heimenhardt u. Kälbling: Forsten: 352 St. Langh. mit Fm. 189 I., 241 II., 128 III., 18 IV., 3 V., 0.1 VI. Kl.; 49 Abschnitte mit Fm.: 36 I., 27 II., 5 III. Kl.; Tannen und Fichten: 1010 Za. 18 Ff. Langh. mit Fm.: 366 I., 233 II., 129 III., 67 IV., 99 V., 57 VI. Kl.; 149 ta. Abschnitte mit Fm.: 75 I., 57 II., 16 III. Kl. Losverzeichnis von der Forstdirektion G. f. S. in Stuttgart.

**Beteiligung.**  
Kaufmann, ledig, mittleren Alters, wünscht sich an gutem Fabrikgeschäft oder Großhandel zu beteiligen. Offerten unter Nr. 29 an die Enztälergeschäftsstelle.

**Kaufe**  
Gold, Platin, Silber zur gewerblichen Verarbeitung.  
**August Meisch, Pforzheim**, Edelmetallhandlg., Enztal, 30, Telefon 3468.

**Milch-Ziege**  
(reifarbig) 4 Jahre alt und ein Vierteljahr altes Junge zu verkaufen.  
**Karl Gehbauer**, Bahnarbeiter, Rathausgasse 60.

**Wie drucken**  
Kataloge, Preislisten, Broschüren, Prospekte, sowie alle sonstigen für den Geschäfts-Bedarf nötigen Druckarbeiten in vornehmer und zweckentsprechender Ausstattung.  
**E. Meeh'sche Buchdruckerei**  
Inh. D. Strom  
Neuenbürg, Feensprecher Nr. 4.

**Grundach.**  
Ein erstklassiges **Rind**, 1/2-jährig, zu verkaufen. **Hausnummer 67.**

**Wer**  
etwas zu kaufen sucht, etwas zu verkaufen hat, eine Stelle sucht, eine Stelle zu vergeben hat, etwas zu vermieten hat, etwas zu mieten sucht inseriert am erfolgreichsten u. billigsten im **„Enztäler“**.  
**H. M.**  
Heute abend grünen Baum.

**Heimarbeit**  
in großen Mengen zu vergeben:  
1. Ketten zum Einhängen,  
2. das Finieren von Perlen in Colliers  
bei guter Bezahlung. **Chiffre 32** an die Enztälergeschäftsstelle.  
Noch zu vorteilhaften Preisen offeriere:  
**Anzug-Stoffe, Hosentreifen, Marengo, Tuch f. Hochzeitsanzüge, Kostümfstoffe, Cheviots, Gabardine, schwarz und farbig, Mantelstoffe, pr. Hosenzenge, Manchester, sowie sämtliche Futterstoffe.**  
**W. Eichsteller, Rotensol.**

Neuenbürg, 26. Juli. Der Nationalsozialisten, welcher „Anzeiger“ auf einer Sitzung verbot.  
Berlin, 26. Juli. Die neue Polizei wird auf 200000 Mann erhöht werden. Berlin kauft grünen Stoffe. Uniformen werden auf 200 Millionen erhöht, nach dem Reich als Chefredakteur der politischen Redaktionen nicht mit der Begründung, daß sie politischen Redaktionen nicht geeignet sind, für Deutschland sich zu eignen. Im Kreis der Soldatenvereine bekannt. Deutschland optiert haben. möglich Polen verlassen. einen Bestimmung ist, wird für die Ernährung ausbleiben.  
Dresden, 26. Juli. Rausschickung der „Gazette“ vollständig der polnische Demos eine Depesche des demarke Völkerverbundrat stand des Artikels 312 nicht worden ist, angenommene zwei Wochen, deutsche Kart an Polen. Haltung der sozialen Verhältnisse Teilgebietes zahllosen Wortes ist der mit dem 20. des Monats, rec.  
Zum Tode A. Kleebe in der Demok. über den Verhörbenen u. Er war von der Seite, worauf er sein Leben gelassen hatte, so gegen Sicherheit erschütterter in Partei- oder Anlage. Der ganze politische Formulierungen der „Vormer nur Hilfsmittel zu überlassen Freiheit gegeben genannt wurde. wider Lage mit gegenteilig den dogmatischen Vorkenntnis, um mich neuen unterrichten“. So konnte nicht aus an allerlei leichten Verantworten, forwischen die aus anderen unabweisbar und ihnen parlamentarischen Boden Vermutet, wenn es nicht wegen für große Notwendigkeiten. Er hatte einen Kalkulation in Gemeindekollekte er nicht, schätzte erste auch der Parteiführer leben und Schreiben an nutzbares Hilfsmittel zu Durchführung von als nicht für ihn überall die Heilige und kulturelle auch in Politik und Wirtschaften während darüber nach dem Zustand.  
Eine 3. In Soden der Kurkurleiner Eisenbahn-Gesellschaft der Sozialdemokratie. Die Anträge des Herrn Kamm, daß nach dem 30. Juli 1922 die Eisenbahnen die Bezeichnung „Reichsbahn“ und dadurch den feindlichen Druckungen der Deutschen Reichsbahn die bayerische Regierung gewährteten Frage der Sozialdemokratie, daß nach einer 3. Kurium im Reichsverkehrsministerium die Bezeichnung „Reichsbahn“ zu führen ihrer Zuständigkeit herabsetzt die bayerische Regierung. Staatstransport über dem Reich zu schützen? 2. Was zu geben über die sogenannte „Verträge“? Diese Ante Donnerstags beraten werden. Zur Abklärung.  
Der bayerische Landtag mit einer stattlichen Mehrheit damit das Vorgehen diese eines Verfassungswidrigkeit anzunehmen, daß Tages freuen würde, daß es ein Vorkursig parlamentarisch zu Tode ge-